

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 12. DEZEMBER 2019



## ANTRAG **ARBEITSLOSENGELD II SOLL ÜBERARBEITET WERDEN**

**Das Arbeitslosengeld II soll grundsätzlich überarbeitet werden. Das hat die Bürgerschaft heute auf Initiative von SPD, Grünen und Linken beschlossen. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, machte klar: „Ich bin sehr überzeugt: Wir müssen Menschen, die arbeitslos sind, Angebote machen, die ihrer individuellen Situation gerecht werden und sie auf diese Weise unterstützen, ihre Existenz aus eigener Kraft zu sichern. Und wir müssen das auf Augenhöhe tun.“**

In etwa so habe auch das Bundesverfassungsgericht geurteilt, erklärte Pfeiffer. Die Karlsruher Richter hatten Anfang November entschieden: Wenn Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld (ALG) II ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, also zum Beispiel eine Stelle nicht antreten oder an einer Qualifizierungsmaßnahme nicht teilnehmen, dann sind Sanktionen grundsätzlich zulässig. Allerdings dürfen diese 30 Prozent des Regelsatzes nicht übersteigen. Und auch die Pflicht zur Sanktion und die starre Dauer von drei Monaten hielten die Karlsruher Richter für nicht zulässig.



Birgitt Pfeiffer

„Mit dem vorliegenden Antrag fordern wir nun den Senat auf, sich für eine zügige Umsetzung der Entscheidung des Verfassungsgerichts einzusetzen. Darüber hinaus soll sich der Senat auch für andere – im Zuge des Urteils – naheliegende Neuregelungen stark machen“, so Pfeiffer weiter. So seien etwa auch die verschärfte Sanktionen für junge Menschen unter 25 Jahren sowie für Familien mit Kindern zwingend neu zu betrachten.

Pfeiffer betonte zudem, dass eine grundsätzlich andere Herangehensweise notwendig sei. Die SPD habe sich daher für ein neues Sozialstaatskonzept ausgesprochen, das den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stelle und zum Mittelpunkt des Handels mache.

„Arbeitslosigkeit ist in aller Regel kein selbst gewähltes Schicksal“, sagte Pfeiffer

abschließend. „Daher müssen wir als Gesellschaft alles tun, um Menschen darin zu unterstützen, gesellschaftliche Teilhabe über Erwerbsarbeit wieder zu erlangen. Niedrigste Regelsätze sowie ein Damoklesschwert aus Sanktionierung sind Teil einer Kultur des Misstrauens. Was wir brauchen ist eine neue Kultur des Vertrauens, eine Kultur der Ermutigung, ein Recht auf Arbeit – so wie wir es in unserer Bremer Landesverfassung schon haben, ein Recht auf Qualifizierung, einen sozialen Arbeitsmarkt und eine entsprechende Haltung in den Jobcentern. Ich bin froh, dass das Bremer Jobcenter sich hier schon auf den Weg gemacht hat.“

**> Antrag: Arbeitslosengeld II grundsätzlich überarbeiten!**  
[bit.ly/alg2\\_ueberarbeiten](http://bit.ly/alg2_ueberarbeiten)

## ANTRAG **ANGEHENDE ERZIEHER\*INNEN SOLLTEN VERGÜTET WERDEN**

**Angehende Erzieherinnen und Erzieher sollen während der Aus- und Weiterbildung eine Vergütung erhalten. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag von SPD, Grünen und Linken beschlossen, der den Senat auffordert, dafür ein Konzept zu entwickeln. Zudem soll er eine Bedarfsprognose für den kurz-, mittel- und langfristigen Bedarf an Fachkräften erstellen und in einem Konzept darlegen, wie die Ausbildungsplätze an Fachschulen entsprechend ausgebaut werden können.**

„Mit diesem Antrag gehen wir den nächsten Schritt zur Gewinnung von Fachkräften in den sozialpädagogischen Berufen“, erklärte der SPD-Abgeordnete Jörg Zager in seiner Rede. Und dies sei dringend nötig. Denn auch in diesem Jahr seien Bremen und Bremerhaven mit dem Problem fehlender Kitaplätze konfrontiert. Dabei fehle es weder am Willen noch an finanziellen Mitteln. Bremen und Bremerhaven hätten ihr Angebot an Kita-Plätzen und auch die Ausbildungskapazitäten erhöht. Auch sei ein Seiteneinsteigerprogramm aufgelegt worden, um den Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften kurzfristig zu decken.

„Für die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften ist es jedoch aus unserer Sicht unabdingbar, die sozialen Berufe – insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung – attraktiver zu machen“, sagte Zager. Daher habe Bremen bereits begonnen, Erzieher\*innen stufenweise besser zu bezahlen.



Jörg Zager

„Ganz entscheidend wird hier jedoch auch eine Vergütung der Ausbildung sein“, so Zager weiter.



Bremen habe daher eine bezahlte, praxisintegrierte Ausbildung für 50 angehende Erzieher\*innen und Bremerhaven ein Stipendium für 50 Plätze aufgelegt. Die anderen, die sich in der Ausbildung befänden, gingen aber leer aus.

„Um diese Ungleichbehandlung zu beseitigen, ist es erforderlich, ein Konzept zu erstellen, wie während der Aus- und Weiterbildung möglichst allen eine Vergütung gezahlt werden kann“, sagte Zager. Dazu hat die Bürgerschaft den Senat nun aufge-

fordert. Zager: „Dabei ist es für uns sehr wichtig, dass das vom Senat zu erstellende Konzept der flächendeckenden Bezahlung mit allen Beteiligten – gemeint sind hier insbesondere die Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst und die Vertretungen der Träger und Fachschulen – erarbeitet wird.“

> **Antrag: Konzept für Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern im Land Bremen**  
[bit.ly/ausbildung\\_erzieher](http://bit.ly/ausbildung_erzieher)

## BESCHLUSS **BREMEN KANN FLUGHAFENFEUERWEHR ÜBERNEHMEN**

**Die Bürgerschaft hat heute ohne Debatte eine Änderung des Hilfeleistungsgesetzes beschlossen. Dadurch kann Bremen künftig die Kosten für die Flughafenfeuerwehr übernehmen und den Flughafen dadurch finanziell entlasten.**

„Eine Entscheidung für die Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes ist somit eine Entscheidung für eine Flughafenfeuerwehr und für den Betrieb

des Flughafens in Bremen“, sagte der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jörg Zager, am Rande der Bürgerchaftssitzung. Mit dieser Änderung ziehe Bremen mit anderen Flughäfen gleich, deren Feuerwehr aus öffentlichen Mitteln finanziert werde. Zager betonte zudem, dass damit auch ein klares Zeichen für die 30 Beschäftigten gesetzt werde. „Mit unserem Beschluss für die Gesetzesänderung geben wir diesen Menschen Sicherheit,

wir entlasten die Flughafen Bremen GmbH um die Kosten der Feuerwehr und treffen eine Entscheidung für einen Flughafen in der Stadt und dem Land Bremen“, so Zager. Und dies sei wichtig, denn der Airport habe eine enorme Bedeutung für Bremen und das Umland, für die Wirtschaft und die Unternehmen, sowie den Tourismus. Zager: „Eine Investition in den Flughafen ist somit eine Investition in die Zukunft Bremens.“

## ANTRAG **BÜRGERSCHAFT VERURTEILT LAGER FÜR UIGUREN**

**Die Bürgerschaft hat heute die Inhaftierung von Uiguren in chinesischen Internierungslagern scharf verurteilt. Damit reagierte sie mit einem von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachten Antrag auf die Veröffentlichung geheimer Dokumente, die unter dem Namen „China Cables“ Ende November auch in Deutschland Gegenstand in verschiedenen Medien war.**



Antje Grotheer

„Besorgniserregend ist ein zu schwaches Wort – es waren schreckliche Bilder und Informationen, die dort veröffentlicht worden sind“, sagte Antje Grotheer, Sprecherin für Internationales

der SPD-Fraktion. „Wichtig ist nun, dass EU und UN schnell Zugang zu der Situation vor Ort erhalten. Die internationale Staatengemeinschaft muss sich selbst ein Bild von der Lage machen können, um diese dann zu bewerten.“

> **Antrag: Chinesische Internierungslager sofort schließen – Uiguren schützen**  
[bit.ly/uiguren](http://bit.ly/uiguren)

## FRAGESTUNDE **STUDIERENDENWOHNHEIMPLÄTZE IM GOETHEQUARTIER?**

**Etliche Hochschulstandorte in Deutschland beklagen einen Mangel an Wohnraum für Studierende. Bremerhaven bildet da keine Ausnahme. Doch bei der Auswahl der Studienorte spielt oftmals das Mietniveau sowie die Verfügbarkeit von Wohnraum eine tragende Rolle. Janina Brünjes, wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, fragte deswegen nach: Wie bewertet der Senat die Pläne zur Schaffung von Wohnheimplätzen für Studierende im Goethequartier in Bremerhaven? Hat der Senat bereits Gespräche zum Ankauf entsprechender Gebäude geführt, und wann würden die ersten Wohnheimplätze entstehen?**

In seiner Antwort für den Senat betonte Wissenschaftsstaatsrat Tim Cordßen, dass

sich der Senat bewusst zu einem Ausbau der Hochschule Bremerhaven entschlossen habe und er damit der Bedeutung der Hochschule zur Bewältigung des Strukturwandels Rechnung trage. Das Angebot an studentischem Wohnraum solle dabei optimiert werden. „Im Goethequartier in Bremerhaven baut die STÄWOG derzeit ein Studierendenwohnheim“, berichtete Cordßen.

Tatsächlich habe der Senat bereits einen Kooperationsvertrag mit der STÄWOG und dem Studierendenwerk geschlossen und arbeite eng mit den Partnern zusammen. 20 Jahre habe das Studierendenwerk das Nutzungsrecht des Gebäudes, mit Option auf Verlängerung. „Die Erstbelegung durch Studierende“, so Cordßen abschließend,



Janina Brünjes

„ist zum Sommersemester 2020 beabsichtigt.“ Auf Nachfrage bestätigte der Staatsrat zudem, dass die bisherige Kooperation mit den Akteuren sehr positiv verlaufe und auch künftig große Chancen biete.

Zudem seien diverse weitere Gebäude im Goethequartier geeignet, studentischen Wohnraum zu bieten. Dies, so Cordßen abschließend, seien jedoch Einzelfallentscheidungen.

## FRAGESTUNDE **BREITBANDAUSBAU IM LAND BREMEN**

**Für die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven ist eine flächendeckende Breitbandanbindung unverzichtbar, jedoch gibt es nach wie vor einige sogenannte weiße Flecken, die keinen Zugang zu schnellem Internet haben. Deshalb wollte der SPD-Abgeordnete und Sprecher für Wirtschaft, Volker Stahmann, in der heutigen Fragestunde des Landtages wissen, wie der Breitbandausbau im Land Bremen vorangetrieben wird und welche offenen Aufträge und Probleme es bei der Breitband-Installation gibt.**

„Der Breitbandausbau befindet sich in einer stetigen dynamischen Entwicklung im Rahmen des wettbewerblichen freien Marktes“, sagte Wirtschaftsstaatsrat Sven Wiebe für den Senat. Der Senat stehe deshalb im kontinuierlichen Austausch mit den Telekommunikationsunternehmen. „Im Bereich der leitungs- und funkbundenen digitalen Infrastrukturen“, so Wiebe, „ist das Land Bremen im Vergleich der Bundesländer gut aufgestellt.“

Zudem sei bereits 2016/2017 ein Markterkundungsverfahren durchgeführt worden, um diverse Bedarfe und die Ausbauvorhaben der Telekommunikationsunternehmen zu erheben. Vor allem in den Außenbereichen der Stadtgemeinde seien solche weißen Flecken identifiziert und einem Förderprogramm der Bundesregierung zugeführt worden. „Die Verträge zum Ausbau sind seitens des Landes unter-



Volker Stahmann



schrieben und der geförderte Ausbau soll 2020 beginnen“, so Wiebe. Weiterhin berichtete der Staatsrat über geplante Kooperationsvereinbarungen mit den niedersächsischen Nachbargemeinden und die Gründung des Breitbandzentrums Niedersachsen-Bremen Anfang 2019, welches als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen diene. Zudem wolle der Senat auch 2020 eine Markterkundung durchführen, um weitere Potenziale der Förderung auszuloten. Auf Stahmanns Nachfrage hin bestätigte der Staatsrat, bei dem Verfahren auch die Gewerbegebiete in den Fokus nehmen zu wollen.

Probleme, so Wiebe, habe es im Genehmigungsverfahren nur bei der Zulassung von

Tiefbauunternehmen gegeben. Diese habe man allerdings ressortübergreifend klären können. Aktuell sei dem Senat eine Planungsproblematik bei der Standortwahl eines Netzverteilers bekannt. Lösungsmöglichkeiten, so der Staatsrat, würden aktuell geprüft.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Arno Gottschalk nach den Ausbauplänen des mobilen 5G-Netzes berichtete der Staatsrat von der Bewerbung des Landes Bremen für ein Modellprojekt entlang der A27. In dem breit ausgelegten Projekt entlang der Autobahn sollen insbesondere Häfen und Gewerbegebiete berücksichtigt werden. „Wir hoffen auf eine Zusage“, so der Staatsrat abschließend.

## FRAGESTUNDE **PFLEGEKOMPETENZZENTRUM AUCH IN BREMEN SINNVOLL?**

Zur Vernetzung aller relevanten Akteure wurde im Oktober 2019 ein Pflegekompetenzzentrum für die Landkreise Grafschaft Bentheim und Emsland eingerichtet. Mit Bundesmitteln für vier Jahre finanziert, ist das Zentrum ein gemeinsames Projekt der DAK, der Gesundheitsregion EUREGIO e.V. und der Universität Osnabrück. Holger Welt, SPD-Fraktions-sprecher für



Holger Welt

Menschen mit Behinderung und ältere Menschen, fragte deshalb beim Senat nach: Inwieweit hat der Senat Kenntnis von dem Kompetenzzentrum, und hält der Senat die Einrichtung eines entsprechenden Zentrums in Bremen für sinnvoll?

„In ländlichen Regionen wird es zunehmend schwieriger, eine bedarfsgerechte Infrastruktur des Pflege- und Gesundheitswesens aufrechtzuerhalten“, antwortete Sozialsenatorin Anja Stahmann in der Fragestunde der Bürgerschaft für den Senat. Das regionale Pflegekompetenzzentrum in Nordhorn habe deshalb die Aufgabe übernommen, in den Landkreisen Graf-

schaft Bentheim und Emsland alle Akteure der Pflege miteinander zu vernetzen. „Das sind Ärzte, Apotheker, Therapeuten und Kranken- wie Pflegekassen“, so Stahmann.

Allerdings sei Bremen kein ländlicher Raum, sondern verfüge über eine gut ausgebaute Infrastruktur im Bereich der Pflegeberatung. Die bereits existierenden Pflegestützpunkte seien im Begriff, ausgebaut zu werden, da sie sich zunehmender Bekanntheit und starker Frequentierung erfreuten. „Die Einrichtung eines vergleichbaren Pflegekompetenzentrums sieht der Senat nicht als sinnvoll an“, so die Senatorin.

## FRAGESTUNDE **PLANUNGSSTAND BEIM GEESTESPERRWERK IN BREMERHAVEN**

Auf Höhe des ehemaligen Fährwerkes in Bremerhaven will das Land Bremen zusammen mit dem Land Niedersachsen ein Geestesperrwerk errichten, um den Hochwasserschutz der Seestadt zu verbessern. Der SPD-Abgeordnete Martin Günthner wollte in der heutigen Fragestunde vom Senat wissen, ob es eine übergeordnete Planung zur Verbindung der Projekte Geestesperrwerk und Werftquartier in Bremerhaven gibt, wie der Senat die Überquerungsmöglichkeiten für Fuß- und Radverkehr sicherstellen will und inwieweit die Belange von mobilitätseingeschränkten Personen dabei berücksichtigt werden.

In seiner Antwort betonte Staatsrat Tim Cordßen für den Senat, dass die Hochwasserschutzplanungen in der Bremerhavener Geestemündung den gesamten

Bereich zwischen dem Seedeich im Süden und dem Weserdeich im Norden betreffen, und der Neubau des Sturmflutsperrwerks in der Geeste ein Teil davon sei. Wegen der hohen städtebaulichen Bedeutung der Hochwasserschutzplanungen sei die Stadt Bremerhaven frühzeitig in die Planungen eingebunden worden. „Durch die intensive Einbeziehung der Stadt ist eine Abstimmung mit den Planungen zum Werftquartier gewährleistet“, betonte Cordßen.



Martin Günthner

Aber der Staatsrat berichtete auch, dass vorerst keine Überquerungsmöglichkeit des Sperrwerks in

Planung sei. Das geplante Sperrwerk sei ein technisches Bauwerk des Küstenschutzes, die Überquerungsmöglichkeit sei aus Küstenschutzmitteln daher nicht finanzierbar, so Cordßen. Allerdings fänden Abstimmungen statt, um gegebenenfalls Synergieeffekte erzielen zu können, um die technische Möglichkeit für die Einrichtung einer Querung zu gewährleisten. Auf die Belange von mobilitätseingeschränkten Personen, so der Häfenstaatsrat abschließend, müsse bei einem eventuellen Bau einer Brücke jedoch die Stadt Bremerhaven achten. Auf Nachfrage hin betonte Cordßen, dass die Planung für eine mögliche Querung aus der Stadt Bremerhaven kommen müsse. Man sei selbstverständlich offen für Gespräche mit der Stadt, auch und gerade zu einem frühen Zeitpunkt.

## FRAGESTUNDE **BESCHÄFTIGUNGSDULDUNG IN DER ÜBERGANGSZEIT**

Zum 1. Januar 2020 tritt bundesweit das neue Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung in Kraft. Es ist Teil des Migrationspakets vom Juni 2019 und soll Menschen, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt ist, also geduldet sind, eine langfristige Duldung bis hin zur Aufenthaltserlaubnis ermöglichen, sofern sie sich in Ausbildung befinden oder einer Berufstätigkeit nachgehen.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, hat heute beim Senat nachgefragt: Wie stellt der Senat sicher, dass die durch das neue Gesetz Begünstigten auch in der Übergangszeit eine Bleibeperspektive haben?



Kevin Lenkeit

Und wie stellt der Senat sicher, dass es beispielsweise für Ehegatten oder die minderjährigen Kinder aufenthaltsrechtliche Regelungen gibt?

„Bei der Ausbildungsduldung ist keine Übergangsregelung erforderlich“, antwortete Innenstaatsrat Olaf Bull für den Senat, „da die bisher erteilten Duldungen zu Ausbildungszwecken unverändert fortgelten“. Für die Personen, die von der neuen Beschäftigungsduldung profitieren könnten, habe der Senator bereits im September entsprechende Schritte eingeleitet: Er habe die Ausländerbehörden angewiesen, im Hinblick auf die Änderungen von eventuellen Abschiebungen abzusehen und Duldungen im Ermessenswege zu erteilen beziehungsweise zu verlängern. Die Profitierenden hätten damit die Möglichkeit, im nächsten Jahr einen verlässlichen Status für den Übergang in eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Ehegatten oder Lebenspartner und minderjährige

ledige Kinder seien dabei ausdrücklich mit einbezogen.

„Zur Ausbildungsduldung gab es bisher und gibt es auch zukünftig keine ergänzende Regelung für Ehegatten oder Lebenspartner und minderjährige ledige Kinder“, so Bull. Da die Ausbildungsduldung zumeist Heranwachsende und junge Erwachsene betreffe, die in der Regel noch keine Familie hätten, lägen auch in der Praxis nur wenige solcher Fälle vor. Aus humanitären Gründen dulde man Angehörige für die Dauer der Ausbildung jedoch. Anders sei dies bei der Beschäftigungsduldung, welche sich auch an Lebensältere richte. Der Aufenthalt von Ehegatten oder Lebenspartnern sowie minderjährigen Kindern sei hier für den gleichen Aufenthaltszeitraum geduldet. Auf Nachfrage von Kevin Lenkeit hin betonte der Staatsrat zudem, dass Vorgriffsregelungen wie diese auch weiterhin in der behördlichen Praxis angedacht seien.

## FRAGESTUNDE **GEFÄHRDUNG VON KINDERN DURCH GLÜCKSSPIEL-APPS?**



Videospiele sind mittlerweile ein anerkanntes Hobby, ein rasant wachsender Markt – und zunehmend auch eine Suchtgefahr. Insbesondere Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Freizeit vor der Spielekonsole, dem Computer – oder eben dem Mobiltelefon. Mit einem weltweiten Marktvolumen von fast 75 Milliarden US-Dollar ist mobiles Gaming ein rasant wachsender Markt. Doch allzu oft setzen die Unternehmen hinter diesen Apps auf diffuse, zweifelhafte und teilweise illegale Methoden, um Kundinnen und Kunden an ihr Produkt zu binden und Umsätze zu generieren. Der Trend geht dahin, klassische Mechanismen des Glücksspiels mit realen Geldbeträgen, die durch eine eigene Spielwährung verschleiert werden, zu simulieren. Eine Befragung von knapp 2.000 Schülerinnen und Schülern der 6. bis 10. Jahrgangsstufe in Bremen, Hamburg und Lübeck ergab, dass die Hälfte bereits mit glücksspielsimulierenden Apps in Kontakt kam.

Aus diesem Grund fragte die Sozialdemokratin Antje Grotheer in der heutigen Fragestunde nach: Wie hoch schätzt der Senat die Suchtgefährdung von Kindern und Jugendlichen durch glücksspielsimulierende Apps und Spiele ein? Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um diese Gefährdung zu bekämpfen? Und sieht der Senat die Notwendigkeit, rechtliche Regelungen zum Verbot solcher Spiele zu initiieren?

„Glücksspielsimulierende Apps sind nicht nur aufgrund ihrer Suchtgefährdung, son-

dern vor allem wegen ihres ‚töffnenden Effektes‘ als riskant zu bewerten“, berichtete Staatsrätin Silke Stroth für den Senat. „Mechanismen von Glücksspiel werden verharmlost. Gleichzeitig wird der Einstieg in reales Glücksspiel dadurch gefördert, dass in vielen Apps sehr unrealistische Gewinn-Erwartungen geschürt werden“. Solange das Glücksspiel nur simuliert werde, sei das Gewinnen sehr einfach, die hohe Wahrscheinlichkeit auf Erfolg werde simuliert. „Hierdurch kann der Einstieg in echtes Glücksspiel gefördert werden, in dem die Gewinnchancen dann aber gänzlich anders gelagert sind“, so Stroth weiter. „Es gibt Hinweise darauf, dass an der Entwicklung von glücksspielsimulierenden Apps auch Unternehmen der Glücksspielindustrie beteiligt sind, um gezielt eine jüngere Kundschaft anzusprechen“. Immer mehr Produkte seien so konzipiert, dass sie sehr nah an der Schnittstelle zwischen Gaming, also dem Konsum von Videospiele, und Gambling, also dem klassischen Glücksspiel, lägen. Dadurch steige die Gefahr, dass häufig sehr junges Publikum von scheinbar harmlosen Computerspielen zu Spielen verleitet würde, in denen Mechanismen von Glücksspiel wirksam seien.

Weiterhin betonte die Staatsrätin, dass Suchtprävention und Suchtberatung Schwerpunkte des Bremer Suchthilfesystems seien. Hilfs- und Beratungsangebote seien beispielsweise die Bremer Fachstelle Glücksspielsucht, ‚escape – Ambulanz für junge Menschen mit Suchtproblemen‘ oder das ‚ServiceBureau Jugendinformation‘. „In Bezug auf die Risiken der

Spielsucht geht es vor allem darum, Jugendlichen Medienkompetenz und Risikobewusstsein zu vermitteln, sie für das Erkennen von Abhängigkeitsstrukturen zu sensibilisieren und Anlaufstellen für Suchtprävention und -beratung aufzuzeigen“, so Stroth.

„Die hinter den Spielen steckenden Mechanismen entziehen sich derzeit jeglicher Kontrolle“, berichtete die Gesundheitsstaatsrätin. „Wenn schon das Glücksspiel, bei dem der Zufall über Gewinn oder Verlust entscheidet, als gefährlich gilt, muss dies erst recht für solche Spiele gelten.“ Es gebe verschiedene Pläne, mit den Methoden der Hersteller umzugehen. Ein aktueller Ansatz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend plane, noch in diesem Jahr eine Novellierung des Jugendschutzgesetzes vorzulegen. „Ziel der Novellierung ist ein effektiver Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährlichen Medieninhalten“, so Stroth abschließend. „Regelungsinhalte werden insbesondere auch Interaktionsrisiken wie Chat-Funktion, Kostenfallen und exzessives Spiel betreffen. Diese Risiken sollen zukünftig in die Alterskennzeichen einfließen“. Auf Nachfrage hin betonte die Staatsrätin, dass es bei der Feinabstimmung zu einer engen Kooperation von Bund und Ländern kommen müsse und bestätigte Antje Grotheers Hinweis, dass die besagten Apps überwiegend keiner Altersbeschränkung unterlägen.